

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/1391 –

Infrastrukturerschließung im ländlichen Raum
Schnelle Breitband-Internetzugänge für Rheinland-Pfalz

- I. Der Landtag stellt fest:
 - Das rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz werden ab 2008 Mittel zur Erschließung ländlicher Räume mit Breitband-Internetzugängen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ bereitstellen.
 - Ziel der vorgesehenen Förderung ist es, bisher bestehende Versorgungslücken durch die Schaffung einer zuverlässigen und preiswerten Breitbandinfrastruktur und die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu schließen.
 - Schnelle Breitband-Internetzugänge in Deutschland sind ein entscheidender Standortfaktor geworden. Die dominierende Übertragungstechnologie DSL oder eine andere verfügbare Technik, wie zum Beispiel Wimax, Satellitenverbindungen und ähnliches, sollten deshalb möglichst flächendeckend in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen. Dies wurde auch in einer Anhörung der SPD-Fraktion deutlich.
- II. Der Landtag begrüßt,
 - dass die Landesregierung die regionale Versorgung mit Breitband-Internet in einem Gutachten, das bis Ende des Jahres vorliegen soll, untersuchen lässt. Im Mittelpunkt der Analyse werden die Nachfragesituation, der Breitband-Bedarf von Unternehmen, Privathaushalten und Bildungseinrichtungen stehen;
 - die Einrichtung einer Workshopreihe, die die Maßnahme begleiten soll und die im Rahmen der Mittelstandsinitiative „coNNect“ stattfindet.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - die zusätzlichen Mittel in Ergänzung der bereits erfolgten Breitband-Förderung von Gewerbegebieten zur weiteren Anbindung der bislang nicht versorgten Bevölkerungsteile einzusetzen;
 - die Belange der Zuwendungsempfänger bei der inhaltlichen Ausgestaltung des erforderlichen Förderprogramms angemessen zu berücksichtigen. Dies könnte insbesondere im Rahmen regionaler Workshops, in Form von Infomärkten und ähnlichen modernen Veranstaltungsformen erfolgen;
 - die Einrichtung einer Telefonhotline für regionale Entscheider in den Kommunen zu prüfen, die flankierende Informationsangebote vorhält und ebenso als Ansprechpartner für Kommunen über bereits bestehende oder neu eingerichtete Bürgernetze, regionale Initiativen etc. zur Verfügung steht.

Für die Fraktion:
Jochen Hartloff